

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung namens der Landesregierung

**Erhöhung der Anzahl der Pflegekräfte per Gesetz - Bringen Untergrenzen für die Personalausstattung in sensiblen Pflegebereichen in Kliniken die Lösung?**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD), eingegangen am 14.08.2018 - Drs. 18/1494 an die Staatskanzlei übersandt am 30.08.2018

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung namens der Landesregierung vom 01.10.2018

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Eine Pflegefachkraft in Deutschland muss mittlerweile durchschnittlich 13 oder mehr Patienten betreuen, während es im Vergleich dazu in anderen Industriestaaten wie der Schweiz, den Niederlanden, Großbritannien oder den USA nur fünf bis acht Patienten pro Pflegefachkraft sind. Rechtliche Vorgaben für eine angemessene Personalausstattung sind in anderen Ländern bereits etabliert.<sup>1</sup>

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Die Ausstattung der Krankenhäuser mit ausreichend und qualifiziertem Personal, insbesondere im Bereich der Pflege, die Vorgabe von verbindlichen (Pflege-) Personaluntergrenzen und auch die Refinanzierung der daraus entstehenden Mehrkosten besitzen für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Handelt es sich hierbei doch um Maßnahmen, welche die Sicherheit der Patientinnen und Patienten erhöhen und die zugleich die Arbeitsbedingungen gerade für die in der Pflege Beschäftigten verbessern, was erwarten lässt, dass die Arbeitszufriedenheit wächst und der Pflegeberuf insgesamt an Attraktivität gewinnt. Allerdings ergeben sich aus dem bundesstaatlichen Kompetenzgefüge Grenzen für ein Tätigwerden der Länder.

Nach Artikel 74 Abs. 1 Nr. 19 a des Grundgesetzes (GG) sind die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und die Regelung der Krankenhauspflegesätze Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung. Hier haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat, Artikel 72 Abs. 1 GG. Von dieser Kompetenz hat der Bund auf dem Gebiet des Krankenhauswesens allerdings umfänglich Gebrauch gemacht: Mit dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG), mit - für den Bereich der somatischen Krankenhäuser - dem Gesetz über die Entgelte für voll- und teilstationäre Krankenhausleistungen (Krankenhausentgeltgesetz - KHEntgG) sowie mit - für den Bereich der psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäuser und Abteilungen - der Verordnung zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Bundespfllegesatzverordnung - BPFIV), welche auf die Ermächtigung in § 16 Satz 1 Nr. 1 KHG gestützt ist.

Der Bund macht auch aktuell von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz - PpSG) beabsichtigt die Bundesregierung, spürbare Entlastungen im Alltag der Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege zu errei-

---

<sup>1</sup> <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/73008/Personalschluesel-in-der-Pflege-Andere-Laender-machen-es-vor> vom 09.02.2017, abgerufen am 28.08.2018

chen, um die Pflege und Betreuung der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegebedürftigen weiter zu verbessern.

Ab dem 01.01.2019 wird es aufgrund der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) Pflegepersonaluntergrenzen - zunächst für vier pflegeintensive Krankenhausbereiche - geben. Die Verordnung soll am 01.10.2018 in Kraft treten. Pflegepersonaluntergrenzen sind in der Intensivmedizin, der Geriatrie, der Unfallchirurgie und in der Kardiologie vorgesehen. Die Pflegepersonaluntergrenzen werden als Verhältnis zwischen der Patientenzahl und der Anzahl der Pflegekräfte festgeschrieben. Dabei werden vier Kategorien von Schichten unterschieden: Tag- und Nachtschichten an Wochentagen sowie Tag- und Nachtschicht an Wochenenden und Feiertagen. Konkret sieht der Verordnungsentwurf in den pflegeintensiven Bereichen folgende Personaluntergrenzen (Verhältnis von Patientenzahl zu Pflegekräfte) vor:

1. Intensivmedizin
  - a) montags bis freitags in der Tagschicht 2 : 1 und in der Nachtschicht 3 : 1,
  - b) samstags, sonntags, feiertags in der Tagschicht 2 : 1 und in der Nachtschicht 3 : 1,
2. Geriatrie
  - a) montags bis freitags in der Tagschicht 10 : 1 und in der Nachtschicht 24 : 1,
  - b) samstags, sonntags, feiertags in der Tagschicht 11 : 1 und in der Nachtschicht 24 : 1
3. Unfallchirurgie
  - a) montags bis freitags in der Tagschicht 10 : 1 und in der Nachtschicht 20 : 1,
  - b) samstags, sonntags, feiertags in der Tagschicht 11 : 1 und in der Nachtschicht 21:1
4. Kardiologie
  - a) montags bis freitags in der Tagschicht 11 : 1 und in der Nachtschicht 24 : 1,
  - b) samstags, sonntags, feiertags in der Tagschicht 13 : 1 und in der Nachtschicht 23 : 1.

In diesem Zusammenhang wird auch festgelegt, welchen Grenzwert der Anteil von Pflegehilfskräften jeweils nicht überschreiten darf, damit ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Mit dem im Juli 2018 verkündeten Pflegeberufegesetz werden die Ausbildungen in der Kranken- und Kinderkrankenpflege einerseits und Altenpflege andererseits zusammengelegt. Die bisher im Altenpflegegesetz und im Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Pflegeausbildungen finden sich nunmehr in einem Gesetz wieder. Alle Auszubildenden erhalten zwei Jahre lang eine gemeinsame, generalistisch ausgerichtete Ausbildung, in der sie einen Vertiefungsbereich in der praktischen Ausbildung wählen. Auszubildende, die im dritten Ausbildungsjahr die generalistische Ausbildung fortsetzen, erwerben den Berufsabschluss „Pflegefachfrau“ bzw. „Pflegefachmann“. Auszubildende, die ihren Schwerpunkt in der Pflege alter Menschen oder der Versorgung von Kindern und Jugendlichen sehen, können wählen, ob sie statt die generalistische Ausbildung fortzusetzen einen gesonderten Abschluss in der Altenpflege oder Gesundheits- und Kinderkrankenpflege erwerben wollen. Ergänzend zur beruflichen Pflegeausbildung wird ein Pflegestudium eingeführt. Zukünftig wird es bundesweit kein Schulgeld mehr geben. Zudem haben die Auszubildenden Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung. Die neuen Pflegeausbildungen werden im Jahr 2020 beginnen. Pflegeschulen und Ausbildungseinrichtungen bleibt so genug Zeit, um sich auf die neuen Ausbildungen einzustellen.

Die Verbände der Einrichtungen in Niedersachsen, die Verantwortung für die Pflegeausbildung tragen, haben der Öffentlichkeit am 10.09.2018 die neu gegründete Ausbildungsallianz Niedersachsen vorgestellt. Beteiligt an der Ausbildungsallianz sind: Arbeitsgemeinschaft Privater Heime und Ambulanter Dienste Bundesverband e. V., Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens, Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Niedersachsen e. V., Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen-Bremen e. V., Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe - DBfK Bundesverband e. V., LAG der Schulen für Altenpflege und Pflegeassistenten in Niedersachsen, Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e. V., Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e. V., LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V., Bundesverband privater Anbieter soziales Dienste e. V., Arbeitgeber- und Berufsverband Privater Pflege e. V., Bundesverband Ambulante

Dienste und Stationäre Einrichtungen (bad) e. V.. und LAG Gesundheits- und Krankenpflegeschu-  
len in Niedersachsen. Die teilnehmenden Institutionen unterstützen das Land Niedersachsen in  
seiner Verantwortung für die Umsetzung des Pflegeberufgesetzes auf Landesebene, indem sie  
sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, eine über-  
greifende, verlässliche und gemeinschaftliche Ausbildung anbieten zu können.

**1. Wie hat sich die Anzahl der Ärzte sowie des Pflegepersonals in den Krankenhäusern  
und Altenpflegeheimen in Niedersachsen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte  
aufschlüsseln nach Landkreisen und getrennt nach Krankenhäusern und Altenpflege-  
heimen)?**

Die Anzahl des in den Krankenhäusern beschäftigten ärztlichen und nichtärztlichen Personals hat  
sich in Niedersachsen in den Jahren 2008 bis 2017 nach den vorliegenden Daten des Landesam-  
tes für Statistik Niedersachsen (LSN) wie folgt entwickelt:

a) ärztliches Personal in Krankenhäusern

<b>Niedersachsen Statistische Re- gion* Kreis* Große Stadt (Auswahl)</b>	<b>ärztliches Personal</b>									
	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Niedersachsen</b>	<b>12471</b>	<b>12707</b>	<b>13101</b>	<b>13562</b>	<b>13988</b>	<b>14350</b>	<b>14627</b>	<b>15078</b>	<b>15495</b>	<b>15906</b>
<b>1 Braunschweig</b>	<b>2982</b>	<b>3018</b>	<b>3089</b>	<b>3138</b>	<b>3217</b>	<b>3357</b>	<b>3358</b>	<b>3442</b>	<b>3584</b>	<b>3730</b>
Braunschweig, Stadt	615	616	629	645	648	667	676	676	732	776
Salzgitter	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wolfsburg	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Gifhorn	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Goslar	219	211	221	216	211	221	211	217	218	212
Helmstedt	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Northeim	146	142	146	133	147	155	151	180	185	171
Peine	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wolfenbüttel	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Göttingen	1274	1302	1344	1387	1426	1471	1465	1470	1493	1614
<b>2 Hannover</b>	<b>4127</b>	<b>4170</b>	<b>4262</b>	<b>4376</b>	<b>4498</b>	<b>4599</b>	<b>4651</b>	<b>4773</b>	<b>4766</b>	<b>4920</b>
Hannover, Region	2999	3022	3064	3123	3188	3242	3237	3338	3332	3445
Hannover, Landeshauptstadt	2386	2406	2431	2482	2516	2553	2550	2650	2640	2739
Diepholz	122	114	111	105	106	134	145	143	136	130
Hamelnd-Pyrmont	237	243	250	254	300	310	326	333	326	354
Hildesheim	473	489	522	543	564	578	576	601	614	625
Holzminden	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Nienburg	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Schaumburg	145	152	140	154	166	152	176	165	163	175
<b>3 Lüneburg</b>	<b>1905</b>	<b>2000</b>	<b>2036</b>	<b>2136</b>	<b>2156</b>	<b>2198</b>	<b>2301</b>	<b>2367</b>	<b>2491</b>	<b>2556</b>
Celle	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Cuxhaven	199	195	199	208	212	196	221	207	230	223
Harburg	203	233	237	251	259	247	265	265	277	307
Lüchow-Dannen- berg	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Lüneburg	243	260	270	306	298	302	288	323	335	344
Osterholz	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Rötenburg	305	310	326	336	327	330	368	377	394	400
Heidekreis	136	135	131	138	136	141	159	143	141	133
Stade	234	260	258	279	288	297	314	335	353	364
Uelzen	205	205	219	224	226	256	242	251	269	282
Verden	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•

<b>Niedersachsen</b> <b>Statistische Re-</b> <b>gion*</b> <b>Kreis*</b> <b>Große Stadt</b> <b>(Auswahl)</b>	<b>ärztliches Personal</b>									
	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>4 Weser-Ems</b>	<b>3457</b>	<b>3519</b>	<b>3714</b>	<b>3912</b>	<b>4117</b>	<b>4196</b>	<b>4317</b>	<b>4496</b>	<b>4654</b>	<b>4700</b>
Delmenhorst	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Emden	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Oldenburg, Stadt	559	579	635	639	680	706	718	754	801	803
Oldenburg	52	53	52	60	56	56	67	69	71	73
Osnabrück, Stadt	466	512	556	570	615	617	659	659	687	705
Osnabrück	408	412	420	440	460	476	456	478	492	512
Wilhelmshaven	•	•	201	208	218	232	180	•	•	•
Ammerland	•	•	•	•	•	•	228	242	255	271
Aurich	153	150	156	152	153	162	163	174	182	180
Cloppenburg	130	130	138	141	149	148	157	155	164	161
Emsland	385	382	395	434	474	470	498	537	547	559
Friesland	137	137	•	•	•	•	•	•	•	•
Grafschaft Bentheim	133	135	129	133	137	150	154	150	157	147
Leer	141	144	157	180	176	176	194	202	210	214
Vechta	198	207	221	229	251	254	274	280	282	293
Wesermarsch	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wittmund	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•

## b) nichtärztliches Personal in Krankenhäusern

<b>Niedersachsen</b> <b>Statistische Re-</b> <b>gion*</b> <b>Kreis*</b> <b>Große Stadt</b> <b>(Auswahl)</b>	<b>ärztliches Personal</b>									
	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Niedersachsen</b>	<b>77921</b>	<b>79613</b>	<b>80792</b>	<b>81072</b>	<b>81921</b>	<b>82070</b>	<b>82800</b>	<b>83165</b>	<b>84300</b>	<b>84918</b>
<b>1 Braunschweig</b>	<b>19624</b>	<b>19951</b>	<b>20006</b>	<b>19958</b>	<b>20026</b>	<b>20252</b>	<b>20520</b>	<b>20692</b>	<b>20904</b>	<b>20792</b>
Braunschweig, Stadt	3615	3704	3739	3822	3790	3825	3884	3842	3928	4106
Salzgitter	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wolfsburg	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Gifhorn	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Goslar	1611	1621	1742	1686	1673	1706	1787	1819	1712	1637
Helmstedt	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Northeim	930	882	848	759	654	760	647	651	675	709
Peine	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wolfenbüttel	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Göttingen	8714	8839	8804	8911	9214	9202	9361	9384	9417	9069
<b>2 Hannover</b>	<b>23969</b>	<b>24721</b>	<b>25059</b>	<b>25179</b>	<b>25696</b>	<b>25512</b>	<b>25161</b>	<b>24674</b>	<b>24115</b>	<b>24467</b>
Hannover, Region	16435	17093	17378	17621	18030	17854	17704	17421	16921	17108
Hannover, Landeshauptstadt	12658	13287	13538	13774	14137	13964	13894	13674	13217	13416
Diepholz	783	769	716	685	707	711	758	747	739	745
Hamel-Pyrmont	1700	1686	1756	1688	1811	1893	1873	1862	1873	1881
Hildesheim	2986	3058	3088	3110	3120	3090	2875	2813	2769	3015
Holzminde	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Nienburg	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Schaumburg	1095	1109	1095	1068	1126	1106	1117	1012	965	867
<b>3 Lüneburg</b>	<b>11378</b>	<b>11560</b>	<b>11822</b>	<b>11699</b>	<b>11789</b>	<b>11781</b>	<b>11972</b>	<b>12509</b>	<b>12644</b>	<b>12789</b>
Celle	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Cuxhaven	1074	1097	1093	1104	1109	1103	1134	1035	892	841
Harburg	1309	1305	1427	1417	1444	1444	1530	1559	1633	1664

Niedersachsen Statistische Re- gion* Kreis* Große Stadt (Auswahl)	ärztliches Personal									
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Lüchow-Dannenberg	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Lüneburg	1517	1586	1607	1710	1764	1683	1666	1758	1801	1850
Osterholz	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Rotenburg	1574	1655	1813	1781	1761	1740	1816	1823	1816	1891
Heidekreis	942	948	998	990	905	945	996	984	978	979
Stade	1001	1016	960	902	891	845	822	1176	1218	1212
Uelzen	1161	1190	1248	1261	1293	1376	1410	1428	1428	1410
Verden	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
<b>4 Weser-Ems</b>	<b>22950</b>	<b>23381</b>	<b>23905</b>	<b>24236</b>	<b>24410</b>	<b>24525</b>	<b>25147</b>	<b>25290</b>	<b>26637</b>	<b>26870</b>
Delmenhorst	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Emden	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Oldenburg, Stadt	2880	2949	2978	3037	3092	3183	3322	3367	3819	3692
Oldenburg	456	454	470	481	461	446	488	502	507	522
Osnabrück, Stadt	3280	3346	3369	3564	3522	3531	3660	3599	3869	3946
Osnabrück	2918	2998	3043	3115	3086	3124	3073	3187	3265	3407
Wilhelmshaven	•	•	1161	1094	1081	1043	921	•	•	•
Ammerland	•	•	•	•	•	•	1296	1372	1459	1515
Aurich	1105	1077	1084	1086	1112	1109	1122	1138	1151	1144
Cloppenburg	1012	1019	1046	1050	1028	977	974	991	1006	1005
Emsland	2766	2810	2893	2848	3009	3189	3240	3300	3379	3429
Friesland	824	823	•	•	•	•	•	•	•	•
Grafschaft Bentheim	955	979	1012	948	916	973	1049	1026	1016	962
Leer	937	919	949	991	991	964	1011	1036	1177	1257
Vechta	1549	1619	1787	1863	1942	1825	1940	1969	2024	1982
Wesermarsch	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wittmund	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•

• = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht

c) Personal in Pflegeeinrichtungen

Personal in Pflegeheimen regionalisiert	2007	2009	2011	2013	2015
<b>Land Niedersachsen gesamt</b>	64.969	70.205	75.691	80.255	85.225
<b>1 Braunschweig</b>	<b>14.463</b>	<b>15.346</b>	<b>16.486</b>	<b>17.442</b>	<b>17.980</b>
Braunschweig, Stadt	1.896	2.080	2.205	2.247	2.224
Salzgitter	883	801	920	1.040	1.120
Wolfsburg	684	841	982	964	1.003
Gifhorn	870	994	1.111	1.245	1.294
Göttingen	2.217	2.431	2.359	2.592	2.505
Goslar	1.908	1.971	2.143	2.229	2.418
Helmstedt	957	1.008	1.032	1.173	1.281
Northeim	1.438	1.491	1.689	1.840	1.857
Osterode am Harz	1.357	1.414	1.534	1.479	1.552
Peine	1.276	1.250	1.359	1.426	1.488
Wolfenbüttel	977	1.065	1.152	1.207	1.238
<b>2 Hannover</b>	<b>18.973</b>	<b>20.206</b>	<b>21.864</b>	<b>22.922</b>	<b>24.590</b>
Hannover, Region	8.512	9.190	10.204	10.606	11.176
Hannover, Landeshauptstadt	4.463	4.645	5.069	5.246	5.320
Diepholz	1.585	1.588	1.753	2.077	2.332
Hamelnd-Pyrmont	1.698	1.874	2.018	2.149	2.303
Hildesheim	2.962	3.085	3.179	3.247	3.517
Holz Minden	814	932	960	962	1.060
Nienburg	1.195	1.286	1.427	1.471	1.547

Personal in Pflegeheimen regionalisiert	2007	2009	2011	2013	2015
Schaumburg	2.207	2.251	2.323	2.410	2.655
<b>3 Lüneburg</b>	<b>13.918</b>	<b>15.006</b>	<b>16.508</b>	<b>17.416</b>	<b>18.439</b>
Celle	1.769	1.886	2.057	2.047	2.177
Cuxhaven	2.055	2.156	2.278	2.298	2.451
Harburg	1.445	1.582	1.718	1.860	1.991
Lüchow-Dannenberg	472	532	636	658	729
Lüneburg	1.519	1.498	1.765	1.935	1.958
Osterholz	1.026	1.152	1.215	1.254	1.232
Rotenburg (Wümme)	1.098	1.269	1.324	1.483	1.606
Heidekreis	1.057	1.107	1.268	1.348	1.419
Stade	1.198	1.373	1.639	1.802	2.075
Uelzen	1.037	1.117	1.188	1.212	1.226
Verden	1.242	1.334	1.420	1.519	1.575
<b>4 Weser-Ems</b>	<b>17.615</b>	<b>19.647</b>	<b>20.833</b>	<b>22.475</b>	<b>24.216</b>
Delmenhorst	355	423	461	518	561
Emden	459	484	471	444	452
Oldenburg, Stadt	1.298	1.248	1.261	1.321	1.346
Oldenburg	849	1.026	1.118	1.301	1.476
Osnabrück, Stadt	1.198	1.246	1.243	1.329	1.344
Osnabrück	2.997	3.455	3.673	3.976	4.127
Wilhelmshaven	867	859	823	747	839
Ammerland	745	766	758	822	911
Aurich	1.047	1.206	1.286	1.405	1.499
Cloppenburg	1.146	1.291	1.501	1.691	1.773
Emsland	1.787	2.090	2.181	2.429	2.676
Friesland	742	885	940	972	1.051
Grafschaft Bentheim	940	1.093	1.214	1.380	1.526
Leer	1.087	1.241	1.402	1.450	1.710
Vechta	926	919	1.004	1.103	1.223
Wesermarsch	768	932	965	1.008	1.067
Wittmund	404	483	532	579	635

(Quelle: Nds. Landesamt für Statistik / LSN-Online: Tabellen K2802011 / Jahre 2007 bis 2015)

Rechtsgrundlage der Statistik im Bereich der Pflegeversicherung sind § 109 des Sozialgesetzbuchs - Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung (SGB XI) sowie die Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege (Pflegestatistik-Verordnung - PflegeStatV). Nach § 4 der genannten Verordnung werden die statistischen Daten jeweils zum Stand 15. Dezember der ungeraden Jahrgänge erhoben.

Die letzte Erhebung ist demzufolge zum Stichtag 15.12.2017 erfolgt; die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet und liegen daher aktuell noch nicht vor. Die in der vorstehenden Tabelle dargestellten Zahlen umfassen die erhobenen Angaben zum Personal in stationären Einrichtungen der Altenpflege in Niedersachsen nach Landkreisen für die Jahre 2007 bis 2015. Ob und wie viele Ärzte in Einzelfällen in Altenpflegeheimen beschäftigt werden, ist der Landesregierung nicht bekannt.

## 2. Welche Bemühungen unternimmt die Landesregierung im Bundesrat, um die Pflegesituation in Deutschland zu verbessern und um das vorhandene Pflegepersonal zukünftig innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zu entlasten?

Auf Bundesebene werden zurzeit diverse Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland und zur Entlastung des vorhandenen Pflegepersonals durchgeführt. Die Landesregierung begleitet u. a. im Rahmen des Bundesrats Gesetzentwürfe, beispielsweise zum Pflegepersonalstärkungsgesetz, zur Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungs-Verordnung und zur Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung, sowie Entschlüsseungen konstruktiv.

Im Rahmen der Fachkräftesicherung in Niedersachsen ist die Gewinnung von Pflegekräften ein zentrales Thema. Dabei werden Zugewanderte eine wichtige Zielgruppe sein. Fachkräfte, die im Ausland eine Qualifikation in einem Pflegeberuf erworben haben, arbeiten nach der Anerkennung ihres ausländischen Abschlusses als Pflegekräfte. Interessierte Bewerberinnen und Bewerber werden vom IQ-Netzwerk Niedersachsen, das vom Land kofinanziert wird, zu Fragen der beruflichen Anerkennung beraten. Die Beratungsstellen verzeichnen eine hohe Nachfrage von geflüchteten Menschen, die ihre berufliche Anerkennung in Niedersachsen anstreben.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

**3. Gibt es eigene Bemühungen, um die Anzahl des Pflegepersonals in Krankenhäusern unabhängig von Bundesratsinitiativen in Niedersachsen zu erhöhen?**

Regelungen zur Anzahl des Pflegepersonals in den somatischen Krankenhäusern enthält bisher allein § 137 i des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V). Nach Absatz 1 Satz 1 dieser Vorschrift sind die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene beauftragt, für pflegesensitive Bereiche Pflegepersonaluntergrenzen festzulegen; Absatz 3 Satz 1 der Vorschrift ermächtigt das Bundesministerium zur Ersatzvornahme. Einhergehend bestimmt § 5 Abs. 3 c Satz 6 KHEntgG, dass entstehende Mehrkosten vergütet werden. Bei den psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäusern/Einrichtungen ist der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beauftragt, in Richtlinien Mindestvorgaben für die Ausstattung mit dem für die Behandlung erforderlichen therapeutischen Personal festzulegen, § 136 a Abs. 2 SGB V. Hierneben ist eine eigene Regelungskompetenz für die Länder nicht eröffnet; abgesehen davon gäbe es im Fall von Landesregelungen keine Refinanzierung.

**4. Welche Bemühungen unternimmt die Landesregierung, um den Bedarf an ärztlichem Personal sowie an Pflegefachkräften in den Kliniken langfristig abzudecken und sicherzustellen?**

Die Landesregierung plant, die Anzahl der Medizinstudienplätze in Niedersachsen deutlich zu erhöhen. Im Laufe der Wahlperiode sollen bis zu 200 zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen werden.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

**5. Plant die Landesregierung die im Vergleich zu anderen führenden Industriestaaten ungleich höhere Pro-Kopf-Betreuung zu verbessern, wenn ja gegebenenfalls durch welche Maßnahmen?**

Die Landesregierung befürwortet die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen durch das Bundesministerium für Gesundheit.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

**6. In welchen Pflegeberufen erhalten Auszubildende derzeit keine Ausbildungsvergütung und müssen die Kosten der Ausbildung selbst tragen, obwohl sie in Vollzeit in Kliniken tätig sind?**

In keinem Pflegeberuf. In Kliniken werden Pflegefachkräfte regelmäßig nach dem Krankenpflegegesetz ausgebildet. Die Ausbildung ist kostenfrei, eine Ausbildungsvergütung wird gezahlt.

**7. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit zur Einführung eines Personalschlüssels ohne lange Übergangsfristen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, wie dies in vielen Ländern bereits Praxis ist?**

Die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen, werden zu einer spürbaren Entlastungen im Alltag der Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege führen. Die Landesregierung begrüßt darüber hinaus jede Initiative, die zu einer Minderung von Arbeitsüberlastung und Qualitätsmängeln in der Pflege beiträgt.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.